

# Berliner Kompass



Infoblatt des Bundestagsabgeordneten  
Hans-Werner Kammer

Wahlkreis Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund

Ausgabe 21/2011

28. Oktober 2011



## Kammer: Die Luftwaffe bleibt in Wittmund

### Wittmundhafen bekommt den Eurofighter

**Der Einsatz hat sich gelohnt: Seit der Ankündigung der großen Strukturreform hat Hans-Werner Kammer zusammen mit vielen Vertretern aus der Region für die Bundeswehrstandorte in der Region gekämpft. Am Mittwoch konnte er in Wittmund vor vielen seiner Mitstreiter das Ergebnis der Bemühungen verkünden: „Dass die Marine in Wilhelmshaven noch stärker werden wird, war lange absehbar. Auch um die Objektschützer in Upjever und das Depot in Zetel war mir nicht wirklich bange. Aber um Wittmund wurde lange gezittert. Der Erhalt ist ein großartiger Erfolg. Die sachlichen Argumente, die wir dem Bundesministerium der Verteidigung immer wieder vorgetragen haben, sind auf fruchtbaren Boden gefallen.“**

Kammer hatte für seine Pressekonferenz das Rathaus der Stadt Wittmund gewählt: „Von Anfang an war klar, dass Wittmund auf der Kippe steht. Mir war bewusst, dass wir – egal wie die Entscheidung ausgeht – hier in Wittmund präsent sein müssen. Umso schöner ist es, dass der gemeinsame Einsatz von Erfolg gekrönt worden ist. Insbesondere möchte ich Rolf Claussen, dem Bürgermeister der Stadt Wittmund, Landrat Matthias Köring und Landtagspräsident Hermann Dinkla für Ihren Einsatz für den Standort danken. Ministerpräsident David McAllister hat sich bis zur letzten Minute für

die niedersächsischen Standorte engagiert. Von absolut unschätzbarem Wert war auch unser Parlamentarischer Staatssekretär Thomas Kossendey, der immer ein offenes Ohr für unsere Region hatte.“



Hans-Werner Kammer dankt dem *Anzeiger für Harlingerland*, dem *Jeverschen Wochenblatt*, der *Wilhelmshavener Zeitung* und der *Ostfriesen-Zeitung* für die Berichterstattung zur Pressekonferenz vom Mittwoch.

Die [Berichterstattung der Nordwest-Zeitung](#) glänzte dagegen erneut durch Auslassung wesentlicher Fakten.

## Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund

### Region Friesland-Wilhelmshaven-Wittmund geht gestärkt aus der Strukturreform der Bundeswehr hervor

Auf seiner Pressekonferenz im Rathaus Wittmund legte Hans-Werner Kammer die Auswirkungen auf alle Standorte in der Region dar: „Für unsere Region ist die Entscheidung des Verteidigungsministeriums sicherlich ein großer Erfolg. Alle Standorte bleiben erhalten. Die vorübergehende Truppenreduzierung in Wittmundhafen ist bedauerlich, aber Wittmund wird dennoch Eurofighter-Standort. Dies ist ein guter Tag für Wittmund-Friesland-Wilhelmshaven.“



Wappen des Objektschutzregimentes  
der Luftwaffe „Friesland“

#### Eckdaten der Strukturreform:

- fast alle Standorte werden verkleinert
- 31 Standorte von 328 werden komplett geschlossen, davon hatten 6 Standorte bislang über 1.000 Dienstposten
- die Zahl der Dienstposten sinkt um ca. 90.000; pro 1.000 Einwohner gibt es in Zukunft durchschnittlich nur noch 2,4 Dienstposten statt 3,4
- bis 2017 soll die Masse der Entscheidungen umgesetzt sein



Fregatte „Sachsen“

#### Die Standortentscheidungen für Friesland-Wilhelmshaven-Wittmund:

- **Schortens-Upjever:** Das Erste Bataillon des Objektschutzregimentes der Luftwaffe bleibt in Schortens und wird in Zukunft durch weitere Objektschützer verstärkt. Der Standort wächst von 1630 auf 2050 Soldaten.
- **Wilhelmshaven:** Der Marinestützpunkt Heppenser Groden gewinnt an Bedeutung. In Zukunft sollen hier 8570 statt 7780 Soldaten ihren Dienst tun. Eine Privatisierung des Marinearsenals ist nicht vorgesehen.
- **Wittmund:** Im Zuge der Außerdienststellung der Phantom II-Jagdflugzeuge wird die Zahl der Dienstposten zeitweise auf 730 reduziert. Wittmundhafen wird jedoch vierter deutscher Eurofighter-Standort. Zunächst sollen 20, später bis zu 40 Maschinen stationiert sein. Noch bis 2013 wird die Phantom im Einsatz sein. Langfristig wird in Wittmundhafen wieder mit ca. 1500 Dienstposten geplant.
- **Zetel:** Das Munitionsdepot Zetel bleibt erhalten.



## Kammer: Evers-Meyer trotz Mitgliedschaft im Verteidigungsausschuss ahnungslos

Mit Entschiedenheit tritt der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans-Werner Kammer den Äußerungen der - allerdings nur nach einem Medienbericht - verteidigungspolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion und Mitglied im Verteidigungsausschuss, Karin Evers-Meyer, in der Ostfriesen-Zeitung entgegen, dass die Aufstockung des Wittmunder Geschwaders nach einer vorübergehenden Reduzierung eine bloße Option sei, über die es noch keine Beschlüsse gebe.

Evers-Meyer fragte sich, woher Kammer sein Wissen habe, obwohl er nicht im Verteidigungsausschuss sei. Der CDU-Politiker verweist auf eine Äußerung von Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière vom 26. Oktober vor der Bundespressekonferenz: *„Wir werden einen Flugplatz haben, den sehen wir jetzt vor als vierten Standort für den Eurofighter. Das ist Wittmund. Aber die Zulieferung dieser Eurofighter steht nicht im nächsten und nicht im übernächsten Jahr bevor, sondern dauert vielleicht noch viele Jahre. Aber jetzt war zu entscheiden, dass das der vierte Eurofighter-Standort ist. Und dafür ist Vorsorge getroffen,*

*ohne dass sich jetzt irgendeiner darauf berufen kann, wo sind die Eurofighter. Die sind einfach nicht da. Und so gibt es Entscheidungen, die werden schnell vollzogen, und andere werden einige Jahre dauern.“*

Kammer bedauert in diesem Zusammenhang, dass Evers-Meyer - trotz Mitgliedschaft im Verteidigungsausschuss - sogar noch nach dem für Wittmund positiven Ergebnis durch substanzloses Gerede bei den Betroffenen Verunsicherung hervorrufe: „Solche Leute ruinieren das Vertrauen der Bürger in die Politik!“

Der CDU-Bundestagsabgeordnete erinnerte daran, dass auch die Äußerungen der vorgeblichen Verteidigungsexpertin zum Arsenal, zu Wittmundhafen und zu Upjever in der Vergangenheit sich überhaupt nicht bewahrheitet hätten. Im Gegensatz zu seiner Kollegin, die als Bilanz der Bundeswehrreform für die Region nur eine „schwarze Null“ sieht, wertet Kammer den Zuwachs von mehreren Hundert Dienstposten - gerade im Vergleich zu anderen Teilen Deutschlands - als großen Erfolg: „Die Region hat eindeutig gewonnen und für die nächsten Jahren eine sehr positive Perspektive!“

### Zahl der Woche

**Deutschland ist beliebtes Reiseziel.** Deutschland wird bei Urlaubern aus aller Welt als Reiseziel immer attraktiver. So war nach vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes von Januar bis August ein Zuwachs bei den ausländischen Besuchern im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 6 % zu verzeichnen. Insgesamt wurden mit 43,5 Millionen Übernachtungen ausländischer Gäste 2,3 Millionen mehr Übernachtungen als im Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres registriert. Beim Travel & Tourism Competitiveness Index (TTCI) 2011 des World Economic Forums konnte Deutschland inzwischen Österreich überholen und belegt nun unter 139 Nationen Platz 2 hinter der Schweiz. Ausländische Besucher schätzen laut TTCI an Deutschland insbesondere die Vielfalt und Qualität seiner Kultur. Zudem wurden die prosperierende Medienwirtschaft, die Anzahl wichtiger internationaler Messen und Ausstellungen, die Umweltschutzbemühungen und die sehr gute Infrastruktur gelobt. (Quellen: Statistisches Bundesamt und Travel & Tourism Competitiveness Index)



## Neuigkeiten aus Berlin

### Historische Verpflichtung zum Schutz Europas

#### Bundestag billigt Ertüchtigung des Rettungsschirms

**Der Bundestag hat sich mit breiter Mehrheit für die Ertüchtigung des Rettungsschirms ausgesprochen, mit dem die Schuldenkrise im Euro-Raum gebannt werden soll. Alle Fraktionen mit Ausnahme der Linken stimmten am Mittwoch dafür, dass die Europäische Stabilisierungsfazilität (EFSF), der sogenannte Euro-Rettungsschirm, mit Hilfe weiterer Instrumentarien so effizient wie möglich genutzt werden kann.**

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte zuvor in einer Regierungserklärung eindringlich an die Abgeordneten appelliert, dafür auch vertretbare Risiken einzugehen. Sie wiederholte dabei ihr Credo: „Scheitert der Euro, scheitert Europa.“ Und das dürfe nicht passieren, mahnte die Bundeskanzlerin.

Die Bundesregierung habe die „historische Verpflichtung, das Einigungswerk Europas mit allen uns zur Verfügung stehenden und verantwortbaren Mitteln zu verteidigen und zu schützen“, betonte Merkel. Sie unterstrich außerdem: „Was gut ist für Europa, das ist auch gut für Deutschland.“ Denn kein anderes europäisches Land profitiere wirtschaftlich so stark von der gemeinsamen Währung wie Deutschland. Die Bundeskanzlerin zeigte Verständnis für Sorgen vielen Bürgerinnen und Bürger. „Die Schuldenkrise bewegt viele Menschen“, sagte Merkel. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sagte: „Wir wollen, dass Europa wieder auf stabile Füße kommt.“

Der Bundestag erteilte der Kanzlerin mit der Zustimmung zum Entschließungsantrag ein Mandat für die Verhandlungen in Brüssel. Dort haben die Staats- und Regierungschefs am Mittwochabend eine Reihe von Maßnahmen zur Überwindung der Finanzkrise beschlossen:

Der wohl wichtigste Durchbruch des EU-Gipfels ist der **Schuldenschnitt für Griechenland**. Um die Pleite abzuwenden, erlassen die privaten Gläubiger - also Banken und Versicherungen - dem Staat die Hälfte

seiner Schulden. Das entspricht rund 100 Milliarden Euro. Dadurch soll der griechische Schuldenstand bis zum Jahr 2020 auf 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gedrückt werden. Derzeit liegt der Wert bei 160 Prozent.

Damit die Kreditinstitute angesichts der Verluste nicht zusammenbrechen, haben die Staats- und Regierungschefs eine **Rekapitalisierung der Banken** beschlossen. Die Finanzhäuser sollen mehr Geld für Notsituationen zurücklegen. Sie müssen bis Mitte kommenden Jahres ihre Kernkapitalquote auf neun Prozent erhöhen.

Der Rettungsfonds EFSF gilt als Schlüssel zur Lösung der Euro-Krise. Derzeit kann der Fonds 440 Milliarden Euro Kredite vergeben, davon sind rund 250 Milliarden Euro noch nicht verplant. Diese Summe wollen die Staaten nun möglichst effektiv einsetzen. Dabei haben sie sich auf eine **Hebelung des EFSF** geeinigt. Konkret heißt das: Die verbliebenen 250 Milliarden Euro sollen die Schlagkraft von einer Billion Euro bekommen.

Trotz Rettungsfonds und Schuldenerlass für Griechenland müssen die Euro-Staaten eine Ausbreitung der Schuldenkrise verhindern und Vertrauen an den Märkten zurückgewinnen. Deshalb werden die Krisenstaaten der Währungsunion nicht am Sparen vorbeikommen. Größter Wackelkandidat ist derzeit Italien mit einem Schuldenberg von 1,9 Billionen Euro.

Merkel warnte vor der Illusion, die Schuldenkrise in der Euro-Zone könne über Nacht gelöst werden. Vor allem Griechenland stehe „erst am Anfang eines langen und schwierigen Weges“. Sie sei sich der Tatsache bewusst, dass den Menschen in Griechenland im Zuge des Reformprozesses viel abverlangt werde. Andererseits müssten Länder wie Griechenland, die die Solidarität Europas in Anspruch nähmen, immer auch Eigenverantwortung übernehmen.



## Koalition einigt sich auf Eckpunkte zur Reform des Sportbootführerscheins

**Bei einem Gespräch über die Reform des Sportbootführerscheins einigten sich die zuständigen Berichterstatter Hans-Werner Kammer (CDU) und Torsten Staffeldt (FDP) auf einen gemeinsamen Antrag. Für beide Bundestagsabgeordnete standen dabei zwei Ziele im Vordergrund: der Erhalt der Sicherheit und der leichtere Zugang für Interessierte auf das Wasser.**

Kern des Antrags ist die Anhebung der Grenze zur Führerscheinplicht von 5 PS für alle motorisierten Boote. Damit sollen zukünftig insbesondere sogenannte Einsteiger-Boote mit einer Länge von 8 bis 9 Metern

führerscheinfrei sein. Zusätzlich ist vorgesehen, weitere Gebiete für den erfolgreichen Charterschein zu öffnen und besser miteinander zu vernetzen. Als weiterer wichtiger Punkt haben sich Kammer und Staffeldt darauf verständigt, Funkzeugnisse anderer EU Mitgliedsstaaten zu akzeptieren, solange die Zeugnisse nicht Teil einer modularen Ausbildung sind oder ein europäischer Rahmen zur Anerkennung vorliegt.

Der Antrag wird nun in den beiden Bundestagsfraktionen beraten und soll noch dieses Jahr in den Bundestag eingebracht werden.

## Abfallvermeidung und Recycling stehen an erster Stelle

Bundestag verabschiedet Kreislaufwirtschaftsgesetz

**Die Abfallwirtschaft in Deutschland wird künftig konsequent auf Abfallvermeidung und Recycling ausgerichtet. Dafür sorgt das Kreislaufwirtschaftsgesetz, das der Bundestag vergangenen Donnerstag verabschiedet hat. Mit ihm wird nicht nur die EU-Abfallrahmenrichtlinie in deutsches Recht umgesetzt, sondern gleichzeitig auch die deutsche Abfallwirtschaft ökologisch fortentwickelt – mit dem Ziel einer nachhaltigen Verbesserung des Umwelt- und Klimaschutzes sowie der Ressourceneffizienz.**

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz legt ein rechtssicheres Fundament für alle betroffenen Kommunen und Wirtschaftsunternehmen sowie für die Bürger. Dabei wird dem Recycling eine größere Bedeutung beigemessen als der energetischen Verwertung. Bis zum Jahr 2020 sollen 65 Prozent aller Siedlungsabfälle recycelt und 70 Prozent aller Bau- und Abbruchabfälle stofflich verwertet werden. Spätestens ab dem Jahr 2015 müssen flächendeckend Bioabfälle sowie Papier-, Metall-, Kunststoff- und Glasabfälle getrennt gesammelt werden.

Gleichzeitig wird die bestehende Aufgabenverteilung zwischen Kommunen und Privatwirtschaft in der Entsorgung präzisiert. Die Kommunen bleiben wie bisher für die Hausmüllentsorgung verantwortlich. Zwar sind zur Verwertung werthaltiger Haushaltsabfälle auch gewerbliche Sammlungen grundsätzlich zulässig. Die gesetzlichen Anforderungen an gewerbliche Sammlungen stellen jedoch sicher, dass die kommunale Entsorgung nicht gefährdet wird. Aus kommunalpolitischer Sicht ist es wichtig, dass das Gesetz nach seiner Verabschiedung im Bundestag am kommenden Freitag auch im Bundesrat auf Zustimmung stößt. Dann herrscht für die Kommunen als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger und für von ihnen beauftragte Dritte endlich Rechtssicherheit.

Schließlich schafft das Gesetz die Rechtsgrundlage für die Einführung einer „einheitlichen Wertstofftonne oder einer einheitlichen Wertstofffassung in vergleichbarer Qualität“. Danach sollen künftig Verpackungen und Abfälle aus gleichen Materialien einheitlich haushaltsnah entsorgt werden können.



## Diese Woche im Plenum

In zweiter und dritter Lesung stand in dieser Woche das **Gesetz zur Verbesserung der Versorgung bei besonderen Auslandsverwendungen (Einsatzversorgungsverbesserungsgesetz)** zur Verabschiedung an. Damit verbessert die Koalition die mit dem Einsatzweiterverwendungsgesetz bereits geschaffenen Rahmenbedingungen für unsere Soldaten und zivilen Mitarbeiter, die im Auslandseinsatz geschädigt wurden. So werden z.B. die einmaligen Entschädigungszahlungen und zusätzliche Ausgleichszahlungen für Geschädigte ohne Pensionsanspruch deutlich erhöht. Verbesserungen sind auch für Hinterbliebene von im Einsatz getöteten Soldatinnen und Soldaten und Zivilpersonal im Auslandseinsatz ohne Pensionsanspruch vorgesehen. Bereits bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 30% (statt bisher 50%) wird zukünftig grundsätzlich ein bedarfs- und leistungsunabhängiger Anspruch auf die Ernennung zum Berufssoldaten bestehen. Desweiteren wird durch Verordnung der Nachweis einer posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) oder anderen psychischen Erkrankungen erleichtert, die während einer besonderen Auslandsverwendung in Ausübung des militärischen Dienstes erlitten wurden.

Ziel des in dieser Woche verabschiedeten **Gesetzes zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen** ist es, die Restrukturierung und Fortführung von sanierungsfähigen Unternehmen zu erleichtern und damit den Erhalt von Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Mit einer Reihe von Änderungen in der Insolvenzordnung wird der Gläubigereinfluss bei der Auswahl des Insolvenzverwalters gestärkt, das Insolvenzplanverfahren ausgebaut, gestrafft und noch stärker auf die Früh-sanierung von Unternehmen ausgerichtet. Auch werden die Eigenverwaltung gestärkt und gerichtliche Zuständigkeiten konzentriert. Die Insolvenzstatistik wird durch ein neues Insolvenzstatistikgesetz verbessert.

Mit dem **Gesetz zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes (Terrorbekämpfung)** wird der Großteil der Anti-Terror-Regelungen um weitere vier Jahre verlängert. Dabei bleiben alle Terrorismusabwehrbefugnisse der Nachrichtendienste des Bundes, die sich als unverzichtbar erwiesen haben, erhalten. Zwei Befugnisse werden darüber hinaus ausgeweitet: Die Einholung von Auskünften von Luftfahrtunternehmen wird um eine Abfragebefugnis bei den zentralen Buchungssystemen ergänzt und die Einholung von Auskünften von Unternehmen der Finanzbranche wird mit der Abfrage von Kontostammdaten verbunden. Zugleich werden Eingriffsschwellen erhöht und die parlamentarische Kontrolle ausgebaut.

Mit dem **Gesetz zur Novellierung des Finanzanlagenvermittler- und Vermögensanlagenrechts** soll der Anlegerschutz im Bereich des sogenannten grauen Kapitalmarkts gestärkt werden. Das Gesetz sieht dabei Regelungen vor, die sowohl bei den Produkten als auch bei den Vermittlern solcher Produkte ansetzen. Die sogenannten „freien“ (gewerblichen) Vermittler werden stärker reguliert und der Anlegerschutz im grauen Kapitalmarkt verbessert. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wird künftig Verkaufsprospekte für Graumarktprodukte („Vermögensanlagen“) auch auf Kohärenz und Widerspruchsfreiheit statt wie bislang lediglich nur auf Vollständigkeit prüfen.

Mit dem **Zweiten Gesetzes zur Änderung des Umweltauditgesetzes** werden die Aufträge der das betriebliche Umweltmanagement betreffenden Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 (EMAS) umgesetzt. Im Zuge dessen wird das Umweltauditgesetz teilweise an die geänderte Terminologie der EG-Verordnung angepasst.



## Bundskinderschutzgesetz verbessert den Schutz von Kindern und Jugendlichen in allen Lebensbereichen

**Der Bundestag hat am Donnerstag das Bundeskinder-  
schutzgesetz verabschiedet. Hans-Werner Kammer  
begrüßt die neue Qualität im Kinderschutz:**

„Mit dem Bundeskinderschutzgesetz erreichen wir eine neue Qualität im Kinderschutz. Denn wir setzen nicht nur auf Intervention, sondern gleichermaßen auf Prävention. Wir stellen sicher, dass bundesweit Angebote für frühe Hilfen auf- und ausgebaut werden. Alle wichtigen Akteure im Kinderschutz – angefangen bei den Eltern über den Kinderarzt oder die Hebamme bis hin zum Jugendamt oder Familiengericht – werden in einem Netzwerk zum präventiven Schutz von Kindern zusammenwirken. Damit schaffen wir niedrigschwellige

Hilfsangebote für Eltern vor und nach der Geburt sowie in den ersten Lebensjahren des Kindes. Wir wollen junge Eltern ermutigen, sich in dieser für die Kindesentwicklung so zentralen Phase unterstützen zu lassen. Denn starke Eltern sind die beste Garantie für gesunde und glückliche Kinder.“

Das Bundeskinderschutzgesetz schafft die Voraussetzungen, Kinder besser vor Vernachlässigung und Misshandlung zu schützen. Insbesondere die verbindlichen Standards in der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Einsatz von Familienhebammen werden dazu beitragen.

### Nächste Woche ist Wahlkreiswoche

Auszug aus dem Terminkalender

- 29. Oktober 2011:** „Ball der Landwirtschaft“ in Jever
- 31. Oktober 2011:** Gespräch mit Geschwader-Kommodore Roubal in Wittmund
- 1. November 2011:** Bürgergespräche zu den Themen Kavernen, Fluglärm und Küstenbahn
- 1. November 2011:** Jahreshauptversammlung der CDU Wilhelmshaven
- 2. November 2011:** Besuch des Marinearsenals Wilhelmshaven und bei den Objektschützern in Schortens
- 3. November 2011:** Diskussion mit Schulklasse in Wittmund
- 4. November 2011:** Erster Spatenstich der Westerweiterung des Marinestützpunktes Heppenser Groden in Wilhelmshaven
- 5. November 2011:** Eröffnung Zeteler Markt

### Impressum

Hans-Werner Kammer, MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Redaktion: Peter Ittenbach  
Telefon: 030 / 227-77 199  
Fax: 030 / 227-76 199  
[hans-werner.kammer@bundestag.de](mailto:hans-werner.kammer@bundestag.de)